

Pistor, Kilian

Über den Bereichswert „Gerechtigkeit“

In:

Düchs, Martin; Illies, Christian; Sakata, Tomoki (Hrsg.), Smart in the City: eine ethische Handreichung für die Digitalisierung der Stadt, Bamberg : University of Bamberg Press, S. 99-106. 2023. DOI: 10.20378/irb-93383

Beitrag im Sammelwerk - Verlagsversion

DOI des Beitrags: 10.20378/irb-94754

Datum der Veröffentlichung: 18.04.2024

Rechtehinweis:

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis der Rechteinhaberinnen und Rechteinhaber einholen.

Für dieses Dokument gilt die **Creative-Commons-Lizenz CC BY**.



Die Lizenzinformationen sind online verfügbar:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Kapitel 5.

Über den Bereichswert „Gerechtigkeit“

Kilian Pistor

Erweiterte Definition: Gerechtigkeit

Bei der Gerechtigkeit geht es um die Ordnung eines friedlichen Zusammenlebens und deren Bewahrung. Dabei steht die faire Verteilung von Rechten, Chancen und Gütern im Zentrum, vor allem die ausgeglichene Wahrung der Rechte und Freiheiten aller Mitglieder einer Gesellschaft. (In der aristotelischen Tradition bezeichnet Gerechtigkeit eine Tugend; hier soll sie als Ideal bzw. Wert im oben genannten Sinne betrachtet werden.)

Spezielle Aspekte der Gerechtigkeit sind:

- 1) „Verteilungsgerechtigkeit“ betont den gleichen Zugriff aller auf Ressourcen, die Möglichkeiten der Partizipation usw.
- 2) „Verfahrensgerechtigkeit“ bezieht sich auf die Fairness des Prozesses, das zur Verteilung von Gütern führt.

Verwandte Werte: Autonomie, Partizipation, Resilienz.

Justitia ist die Göttin der Gerechtigkeit in der römischen Mythologie. Dargestellt wird sie in der Regel mit zwei zentralen Attributen: einer Waage und einer Augenbinde als Symbole des Ausgleichs und der Unvoreingenommenheit. Wäre das Bild der *Justitia* erst im 21. Jahrhundert entstanden, so wäre sie bestimmt nicht mit einer altmodischen Balkenwaage ausgestattet, sondern mit einer digitalen Version, und ihre Unvoreingenommenheit würde vielleicht in Anlehnung an John Rawls mit einem „Schleier des Unwissens“ vor dem Gesicht dargestellt werden. Unabhängig von den Attributen bleibt die alte Kernaussage aber auch in einer digitalen Welt unverändert: Gerechtigkeit hat mit dem unvoreingenommenen Ausgleich von berechtigten Interessen, Lasten und Gewinnen zu tun. Der Gerechtigkeitswert lässt sich von einer universalen Forderung nach Achtung der Menschenwürde ableiten; denn, wenn

jeder gleichermaßen zu berücksichtigen ist, sollten es in moralisch relevanter Hinsicht keine Privilegien geben.

Unter Justitias Obhut steht seit den frühesten Anfängen menschlicher Gesellschaften auch die Stadt als ein Raum, innerhalb dessen menschliches Zusammenleben in besonders „dichter“ Weise stattfindet und entsprechend organisiert werden muss. Dementsprechend sind Regelungen notwendig, welche das Zusammenleben gerecht strukturieren. Die Entwicklung der Stadt hin zu einer Smart City ändert daran nichts Grundsätzliches, stellt die Notwendigkeit der Organisation eines gerechten Zusammenlebens aber vor neue Herausforderungen. Hier können vermeintliche Lösungen zu neuen Problemen werden.

Um die Bedeutung von Gerechtigkeit in der Smart City zu erkunden, wird im Folgenden zunächst die Gerechtigkeitstheorie von John Rawls vorgestellt und anschließend gefragt, was sie für die Smart City bedeuten kann. Anschließend wird noch einmal auf den die Smart City übersteigenden größeren Kontext von Gerechtigkeitsfragen eingegangen, um dann anstelle eines Fazits mit bleibenden Fragen zum Thema Gerechtigkeit bzw. Gerechtigkeit und Smart City zu enden.

1. Gerechtigkeit als Fairness

Die von John Rawls entwickelte Gerechtigkeitstheorie zählt zu den einflussreichsten der letzten Jahrzehnte. In seinem Buch „Justice as fairness“ (2003 [1971]) entwickelt er, was der Titel sagt: Eine Theorie von Gerechtigkeit als Fairness, also als einem fairen Ausgleich der Interessen unterschiedlicher Parteien. Zur Entwicklung seiner Theorie führt er ein Hilfsmittel ins Feld, das der Augenbinde der Justitia in vielem gleicht, nämlich den von ihm so genannten „Schleier des Nichtwissens“. Rawls führt dabei ein Gedankenexperiment durch, um seinen Gerechtigkeitsbegriff zu entwickeln. Auf welche Prinzipien des Umgangs miteinander würden sich Menschen in einem fiktiven Urzustand einigen, wenn sie hinter einem Schleier des Nichtwissens wären und daher nicht wüssten in welche Situation sie hineingeboren würden?

Vor allem kennt niemand seinen Platz in der Gesellschaft, seine Klasse oder seinen Status; ebenso wenig seine natürlichen Gaben, seine Intelligenz, Körperkraft usw. Ferner kennt niemand seine

Vorstellung vom Guten, die Einzelheiten seines vernünftigen Lebensplanes, ja nicht einmal die Besonderheiten seiner Psyche wie seine Einstellung zum Risiko oder seine Neigung zu Optimismus oder Pessimismus. Darüber hinaus setze ich noch voraus, dass die Parteien die besonderen Verhältnisse in ihrer eigenen Gesellschaft nicht kennen, d. h. ihre wirtschaftliche und politische Lage, den Entwicklungsstand ihrer Zivilisation und Kultur. Die Menschen im Urzustand wissen auch nicht, zu welcher Generation sie gehören.“ (Rawls 1979, S.160)

Der „Schleier des Nichtwissens“ soll denen, die über die Probleme einer gerechten Gesellschaft „verhandeln“, vom Wissen über ihre eigene soziale Situation freimachen, aber auch – so könnte man im Hinblick auf die Smart City betonen – vom Wissen über den Stand der technischen Entwicklung einer Gesellschaft und ihrer eigenen Fähigkeiten, mit diesen technischen Neuerungen umzugehen. Durch den Schleier befreit von möglichem konkreten individuellen Vorteilsdenken wird im sogenannten Urzustand die Frage nach einer gerechten Ausrichtung der Gesellschaft diskutiert. Hier herrscht eine völlige Gleichheit vernünftiger Menschen, welche vor der Erschaffung einer rechtlich-politischen Ordnung, aber mit dem Wissen um die Anwendungsbedingungen einer Gerechtigkeit die angestrebte Ordnung der Gesellschaft abwägen.

Das Ergebnis, das gemäß Rawls notwendig bei der Diskussion im Urzustand und hinter dem Schleier des Nichtwissens entstehen muss, sind zwei Prinzipien, die in lexikalischer Reihenfolge gelten. Sie lauten:

1. Jedermann soll gleiches Recht auf das umfangreichste System gleicher Grundfreiheiten haben, das mit dem gleichen System für alle anderen verträglich ist.
2. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu gestalten, dass (a) vernünftigerweise zu erwarten ist, dass sie zu jedermanns Vorteil dienen, und (b) sie mit Positionen und Ämtern verbunden sind, die jedem offenstehen. (Rawls 1979, S. 81)

An erster Stelle steht also ein Prinzip, das jedem Einzelnen in gleicher Weise ein „Recht auf das umfangreichste System gleicher Grundfreiheiten“⁴⁸ zuspricht (vgl. das vorangehende Kapitel über Autonomie). An zweiter Stelle steht das sogenannte Differenzprinzip, das für einen Ausgleich sorgen soll, indem es den Vorteil der am wenigsten Begünstigten in den Vordergrund stellt.

Rawls beschreibt eine Liste von Grundgütern, deren gerechte Verteilung zu Gunsten der schlechter Gestellten über den Gerechtigkeitsstatus einer Institution entscheidet. Zu ihnen gehören Rechte, Freiheiten, Chancen, Einkommen und Vermögen.

2. Gerechtigkeit in der Smart City

Zunächst mag die Gerechtigkeitstheorie von Rawls für die Smart City ungeeignet erscheinen. Sie ist von einem (fiktiven) Urzustand abgeleitet, der denkbar weit vom (realen) Jetzt- und Zukunftszustand der Smart City entfernt ist. Die Grundprinzipien und die Grundgüter gelten gemäß Rawls allerdings grundlegend und unveränderbar. Folglich bestehen diese Grundsätze auch in einer Smart City. Was sich aber durch deren Entwicklung verändern kann, ist ihr Verhältnis zueinander und ihre Bedeutung. Wenn eine Stadt smart wird, verändert sich ein Teil ihrer Grundstruktur, was besonders auf Chancen und Freiheiten Einfluss nehmen kann. Ein spezieller Fokus liegt an dieser Stelle auf der Einführung digitaler Hilfsmittel. Diese erfordern die Integration eines neuen Elementes in die umfassende Theorie: Die digitale Gerechtigkeit. Die Grundgüter der Rechte, Freiheiten und Chancen können hier mit neuen Voraussetzungen und Bedeutungen versehen werden. Was digitale Ge-

⁴⁸ Rawls zu seinem Begriff der Freiheit: „Ich beschäftige mich nicht mit der Streitfrage, ob die Freiheit positiv oder negativ bestimmt werden soll. Mir scheint, dass sich diese Diskussion überwiegend gar nicht um Definitionen dreht, sondern vielmehr um den Wert der verschiedenen Freiheiten. [...] Definitionsfragen können höchstens eine Nebenrolle spielen. Ich setze daher einfach voraus, dass sich jede Freiheit mittels dreier Begriffe erklären lässt: der Handelnden, die frei sein sollen, der Beschränkungen, von denen sie frei sein sollen, und dessen, was ihnen freigestellt sein soll. [...] Die allgemeine Bestimmung einer Freiheit hat also folgende Form: Dieser oder jener Mensch (oder Menschen) ist frei (oder nicht frei) von dieser oder jener Einschränkung (oder Einschränkungen) und kann das und das tun (oder lassen).“ (Rawls 1979, S. 230)

rechtigkeit bedeutet, lässt sich an verschiedenen Aspekten der Smart City deutlich machen.

- *Zugänglichkeit (Accessibility)*

Der technische Fortschritt, an den sich die Städte wohl oder übel anpassen müssen, lockt mit vielen Vorteilen und Verbesserungen, wie die Vereinfachung komplizierter Abläufe in der Stadtverwaltung und anderer smarter Erleichterungen des Lebens der Bewohner. In vielen Fällen ist diese Verlockung auch sicherlich keine Illusion. Dennoch sind derartige Systemänderungen nicht automatisch auch gerecht oder gerechter als analoge Lösungen. Wie in der analogen Welt die Treppenstufen vor der Stadtverwaltung für einen Menschen, dem das Treppensteigen schwerfällt, ein Hindernis darstellen, so kann für den Menschen, der Schwierigkeiten bei der Bedienung technischer Endgeräte hat, eine digitale Verwaltung ein ähnliches Hindernis sein. Ein gleiches Recht bzw. die gleichen Chancen in der Smart City zu haben, bedeutet also, dass der Zugang zu digitalen Services und Angeboten auch für Menschen sichergestellt sein muss, die aus welchen Gründen auch immer nicht über die entsprechenden Voraussetzungen im Hinblick auf Technik und Kompetenz verfügen. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung⁴⁹ beschreibt als Grundbedingungen für eine digitale Gerechtigkeit eine Versorgung mit Internet sowie digitalen Technologien und Endgeräten, die Schaffung von Angeboten zum Erwerb digitaler Kompetenzen in Form von Weiterbildungsmöglichkeiten und Öffentlichkeitsarbeit, die Anregung zur Partizipation und Teilhabe sowie auch einer globalen Perspektive.

- *Privatheit (Privacy)*

Ein weiterer Aspekt digitaler Gerechtigkeit betrifft das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Mit der Erweiterung der digitalen Möglichkeiten hat sich auch der Zugriff auf Informationen und damit der Austausch von Daten in quantitativer und qualitativer Hinsicht grundlegend gewandelt. Insbesondere die persönlichen Daten, die wir bei jedem

⁴⁹ https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/startseite/_node.html

Zugriff auf digitale Dienste hinterlassen, müssen zunächst das bleiben, was sie sind, nämlich persönlich und privat. Erst wenn das Datensubjekt einer Verarbeitung zugestimmt hat, dürfen diese Daten weiterverwendet werden. Diese Idee bzw. dieses Ideal ist zumindest das Kernstück des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung, das in Europa in der Datenschutz-Grundverordnung (DGSVO) rechtlich verankert ist. Vor diesem Hintergrund ist es Teil einer digitalen Gerechtigkeit, dass persönliche Daten entsprechend behandelt und auch mit der ihrer Bedeutung gemäßen Sicherheit aufbewahrt werden.

- Neutrale AI-Systeme (Non-biased AI-systems)

Last but not least ist als Teil einer digitalen Gerechtigkeit zu fordern, dass künstliche-Intelligenz-Systeme neutral bzw. unvoreingenommen funktionieren. Nur so kann die angemessene Achtung der Menschenwürde aller gesichert sein. Und diese Neutralität ist im Kontext von künstlicher Intelligenz keineswegs selbstverständlich. Da die entsprechenden Systeme mit einer großen Menge an Daten etwa einer bestimmten Personengruppe „trainiert“ werden, lernen sie möglicherweise Fehler und die mit den Daten eventuell gegebenen Einseitigkeiten bzw. Vorurteile und wenden sie anschließend beispielsweise für Vorhersagen entsprechend an. Dies kann die Diskriminierung von Personen zur Folge haben, beispielsweise, wenn sie aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe als potenzielle Straftäter identifiziert und entsprechend behandelt werden. Es versteht sich von selbst, dass es Teil der digitalen Gerechtigkeit sein muss, dass derartige Diskriminierungen vermieden werden.

3. Gerechtigkeit jenseits der Smart City

- Gerechtigkeit in der analogen Stadt

Neben den Fragen der digitalen Gerechtigkeit stellen sich in der Smart City weitere Gerechtigkeitsfragen. Das betrifft die genannten Bereiche des Zugangs, des Schutzes der Privatheit und der Nicht-Diskriminierung, die im analogen Bereich (auf andere Weise) relevant und einschlägig sind. Dazu kommen Fragen der ökonomischen Verteilungsgerechtigkeit und, ganz entscheidend, die Frage nach einem nach-

haltigen Lebensstil. Nachhaltigkeit im Rahmen von Gerechtigkeit zu erörtern, scheint zunächst weit hergeholt. Allerdings ist Nachhaltigkeit letztlich nichts Anderes als eine in Raum und Zeit ausgeweitete Gerechtigkeitsforderung: Es geht darum, künftigen Generationen ein faires Erbe in Bezug auf negatives und positives Naturkapital zu hinterlassen. Und es geht darum, die Menschen fair zu behandeln, die von den Auswirkungen meines Handelns auf die Umwelt betroffen sind, aber womöglich in völlig anderen Regionen der Erde leben.

- Grenzen der Gerechtigkeit in der Stadt

Sowohl die Smart City, als auch Rawls' darauf angewandte Theorie stoßen irgendwann an ihre Grenzen. Die Stadt stößt an die Grenzen ihrer Handlungsspielräume, da sie als Teil eines größeren Systems, des Staates, an die Gesetze und Regeln desselben gebunden ist und nur sehr eingeschränkt Einfluss auf diese hat. Rawls' Theorie einer institutionellen Gerechtigkeit auf Basis einer wechselseitigen Optimierung der Freiheit stößt an ihre Grenzen, wenn die digitale Entwicklung mit einer Stärkung der Möglichkeiten des Individuums einhergeht. Es besteht durchaus die Möglichkeit einer Steigerung der Freiheit für die Bevölkerung ganzer Nationen. Zugleich birgt dies aber das Risiko nicht nur eines ungleichen Wachstums, sondern auch des Wachstums einzelner Bevölkerungsgruppen, was eine Beschränkung der Freiheiten anderer darstellen kann. Die Gemeinschaft braucht hier deutlichere Regeln, welche eine rein strukturelle, aber somit auch inhaltslose Theorie der Gerechtigkeit nicht bieten kann. Es entstehen inhaltliche Lücken, welche bei der Frage nach dem guten Leben von Tugenden gefüllt werden.

Die Stadt muss auch in ihrer smarten Form auf der Basis einer gerechten Institution Staat stehen. Innerhalb der Stadt muss aber der Einzelne ebenfalls die *Tugend* der Gerechtigkeit besitzen. Für die Stadt als Smart City bedeutet das eine Stellung zwischen den Fronten. Sie muss vermitteln zwischen einer alles umfassenden Gerechtigkeitstheorie im Sinne eines Ideals bzw. idealer Prinzipien (Top-Down), und, auf der anderen Seite, einer Theorie, die auf dem Einzelnen aufbaut, etwa einer Gerechtigkeit als Tugend (Bottom-Up).

4. Offene Fragen

All diese Verknüpfungen passen in das Bild der Justitia mit der digitalen Waage. Eine gewöhnliche Balkenwaage kann einfach und deutlich darstellen, ob zwei Elemente gleich oder ungleich sind. Für die enorme Menge an Verstrickungen in einer modernen Stadt reicht aber der Vergleich zweier Elemente nicht mehr aus. Sie ruft somit nach einer neuen Lösung, welche die Justitia in der Digitalwaage finden kann, die durch die App der Smart City Ethical Toolbox vielleicht hilft, einen smarten und gerechten Weg zu finden, dieser Probleme Herr zu werden.

Literaturverzeichnis

- Rawls, J. (2008) *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rawls, J. (2003) *Justice as Fairness: A Restatement* (3. Aufl.). Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/startseite/_node.html (zuletzt aufgerufen am 13.10.2023).